

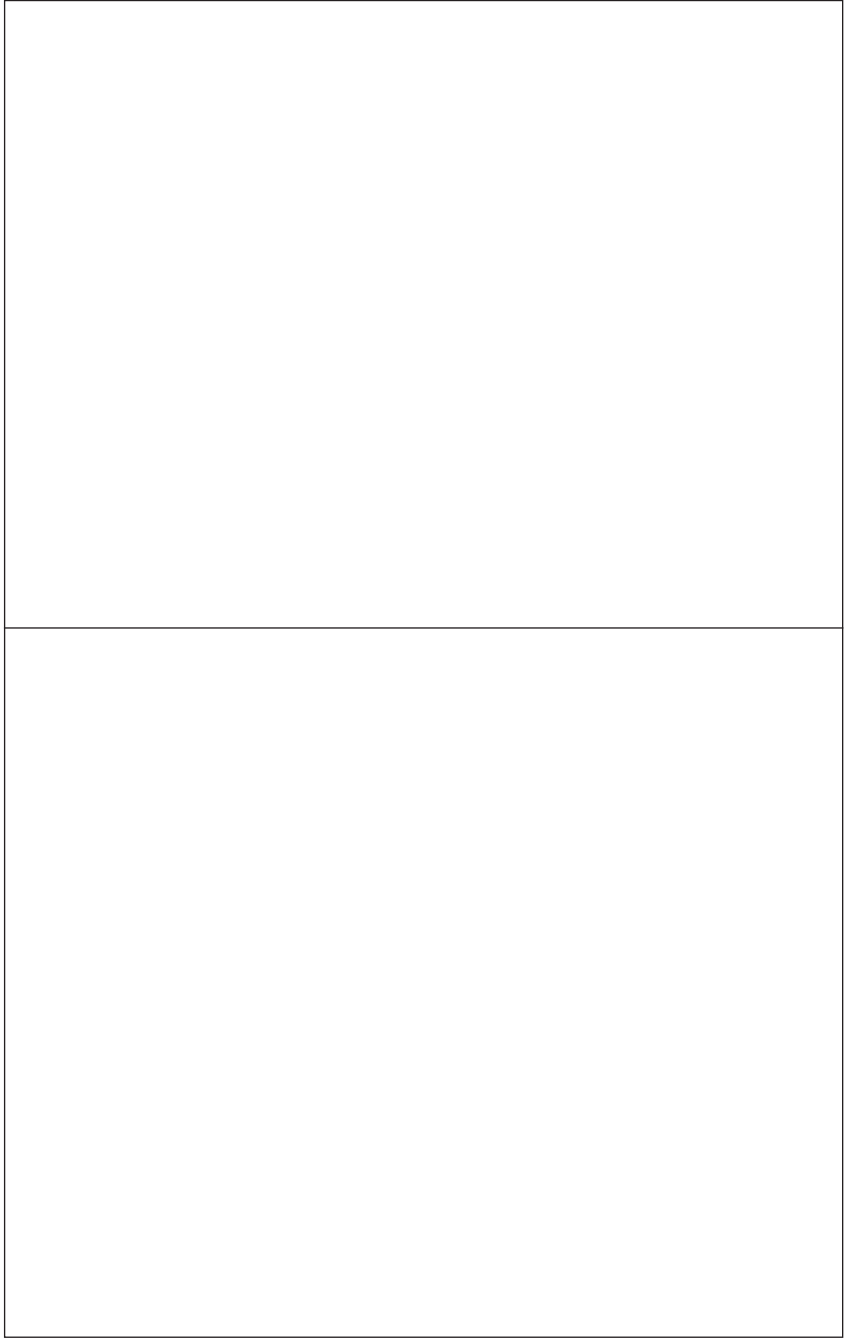
Frank Saliger/Michael Tsambikakis

# Neutralisiertes Strafrecht

Zum 10-jährigen Bestehen der Anwendungssperre zur Strafvorschrift der unerlaubten Veranstaltung von Glücksspielen (§ 284 StGB) durch private, im EU-Ausland lizenzierte Sportwettenanbieter, insbesondere im Hinblick auf Online-Casinospiele



**Nomos**



Frank Saliger/Michael Tsambikakis

# Neutralisiertes Strafrecht

Zum 10-jährigen Bestehen der Anwendungssperre zur Strafvorschrift der unerlaubten Veranstaltung von Glücksspielen (§ 284 StGB) durch private, im EU-Ausland lizenzierte Sportwettenanbieter, insbesondere im Hinblick auf Online-Casinospiele



**Nomos**

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4041-3 (Print)

ISBN 978-3-8452-8340-1 (ePDF)

1. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort

Bei der Abhandlung handelt es sich um ein geringfügig ergänztes Rechtsgutachten, das die Verfasser für ein in der Branche tätiges Unternehmen erstattet haben. Die Autoren gehen der Frage nach, ob sich die Verantwortlichen bei EU-lizenzierten Anbietern von Online-Casinospielen in Deutschland, die über keine inländische Erlaubnis verfügen, wegen unerlaubten Veranstaltens eines Glücksspiels gemäß § 284 StGB strafbar machen. Da die Ergebnisse nicht nur die Unrechtsstruktur von § 284 StGB klären, sondern mit der Qualifizierung von § 284 StGB als neutralisiertem Strafrecht von allgemeinem Interesse sind, haben sich die Verfasser zur Publikation der Ergebnisse entschlossen.

Die Studie legt zur Prüfungskonzentration ihr Hauptaugenmerk auf die Problematik der Verwaltungsakzessorietät von § 284 StGB, insbesondere auf die Frage der Unions- und Verfassungswidrigkeit des deutschen Glücksspielrechts. Ergänzend werden Konsequenzen für einen möglichen Verbotsirrtum nach § 17 StGB gezogen. Wegen des Fokus auf die Klärung der Rechtslage steht methodisch die Rekonstruktion der einschlägigen Rechtsprechung im Vordergrund. Schrifttum wird nur insoweit verarbeitet, als es zu dieser Klärung erforderlich ist.

Die Studie wendet sich an alle, die an Fragen des Glücksspielrechts interessiert sind, sowie an Strafrechtler und Rechtswissenschaftler. Rechtsprechung und Schrifttum sind auf dem Stand von Juli 2016.

*Frank Saliger  
Michael Tsambikakis*

München und Köln, im Oktober 2016

